

I n f o r m a t i o n

über ein offizielles Treffen des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, mit Genossen Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW, sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der SEW, Genossin Inge Kopp und Genossen Dietmar Ahrens, am 12. Oktober 1978

Am Beginn des Treffens sprach Genosse Erich Honecker Genossen Horst Schmitt sowie seinen beiden Stellvertretern die Glückwünsche zur Wahl in ihre Funktionen aus. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß diese Zusammenkunft dazu beitragen wird, die bestehenden brüderlichen Beziehungen zwischen der SED und der SEW weiter zu vertiefen.

Genosse Horst Schmitt dankte für die Möglichkeit zu diesem Treffen zu einem so frühen Zeitpunkt nach seiner Wahl als Vorsitzender der SEW. Diese Begegnung besitze eine Schlüsselrolle für die Entwicklung seiner Arbeit. Er bekräftigte die enge Verbundenheit der SEW mit der Deutschen Demokratischen Republik. Die zielstrebige Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, die in der Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik erreichten Erfolge seien von außerordentlicher Bedeutung für den Kampf der Partei in Westberlin. Auch die aktive Rolle der DDR im Kampf für Frieden und Entspannung gebe den Kommunisten in Westberlin immer wieder neue Impulse für ihren eigenen Kampf. In diesem Zusammenhang sprach Genosse Schmitt den Dank für die vielfältige Hilfe der SED aus.

Im weiteren Verlauf äußerte er sich zur Lage in Westberlin. Trotz aller Kompliziertheit hätten sich die Kampfbedingungen für die Partei verbessert. Gegenwärtig gebe es günstigere Voraussetzungen für die Vergrößerung des Einflusses der SEW als vor zwei oder drei Jahren. Das Leben habe bewiesen, daß die auf dem 5. Parteitag der SEW gegebene Orientierung richtig ist.

Auch in Westberlin haben sich in der zurückliegenden Zeit die Wirkungen der verschärften Krise des Kapitalismus verstärkt. Im Vordergrund stehe die Bedrohung der Arbeitsplätze durch die kapitalistische Rationalisierung. Vor allem seien davon die Arbeiterjugend und die akademische Jugend betroffen. Im Verlaufe von sieben Jahren wurde in Westberlin jeder dritte Arbeitsplatz wegrationalisiert. Vor 10 Jahren habe es noch 240 000 Beschäftigte gegeben, heute sind es nur noch 186 000. Die Jugend Westberlins besitze keine Perspektive. Jugendkriminalität, Drogenmißbrauch, Alkoholmißbrauch greifen um sich.

Der Senat hat versprochene Reformen nicht durchgeführt. Die staatlichen Aufwendungen für die Sozialpolitik, für die Bildungspolitik, für Umweltschutz wurden immer weiter eingeschränkt. Auf innerstädtischem Gebiet häuft sich der Konfliktstoff. Gegenwärtig existieren etwa 300 verschiedene Bürgerinitiativen. Sie zeigen, daß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung angewachsen ist und immer mehr Menschen zur Aktion für ihre Interessen bereit sind. Die Partei ist in vielen dieser Ausschüsse und Komitees vertreten, ohne dabei ihre eigene Position aufzugeben.

Zugleich vollzieht sich ein Abbau der demokratischen Rechte. Der Druck richtet sich gegen Betriebsräte, gegen Jugendvertreter, gegen die Gewerkschaften insgesamt. Vor allem aber hat sich der Druck gegen fortschrittliche Kräfte im öffentlichen Dienst und im Bildungswesen verstärkt. Von großer Bedeutung ist deshalb das Anwachsen der Bewegung gegen die Berufsverbote. Der bisherige Höhepunkt sind die gegenwärtigen Aktionen breiter Kreise

gegen die Entlassung des der SEW angehörenden Lehrers Hans Apel aus dem Schuldienst. Die ökonomische und soziale Situation hat auch negative Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Bevölkerung. Die Bevölkerungszahl Westberlins ist unter die Zwei-Millionen-Grenze abgerutscht. Dabei sind die 180 000 ausländischen Arbeitskräfte bereits mitgezählt. Die Altersstruktur entwickelt sich immer negativer. Viele Jugendliche wandern aus der Stadt ab.

Die Ablösung des ehemaligen Bürgermeisters Schütz von seiner Funktion war ein Ausdruck der krisenhaften Entwicklung. Stobbe, der jetzige Bürgermeister, versucht, sich flexibler zu verhalten. Er spielt nicht so sehr den Außenminister, sondern kümmert sich mehr um innerstädtische Probleme, aber im Kern verfolgt er dieselbe Politik wie Schütz.

Wichtig für die Partei sind die Veränderungen im Verhalten bestimmter Kräfte, vor allem von Teilen der Arbeiter und auch der Gewerkschaften. Genosse Schmitt verwies in diesem Zusammenhang auf die Streikaktionen der vergangenen Monate. 80 000 Westberliner Arbeiter und Angestellte befanden sich im Streik. Erstmals seit Jahrzehnten gab es einen Gesamtstreik der Bauarbeiter. Auch 20 000 Beschäftigte des Einzelhandels waren in den Ausstand getreten. Diese Kämpfe sind von großer Bedeutung, weil sie die reformistische These widerlegen, wonach man in der Krise angeblich nicht um seine sozialen Interessen kämpfen könne. Die Aktionen trugen dazu bei, die Sozialpartnerschaftsideologie zu erschüttern. Bei den Streikaktionen ging es diesmal nicht nur um die Sicherung der Löhne, sondern um weitergehende Ziele auf dem Gebiet des Rationalisierungsschutzes, der Arbeitsplatzsicherung usw. Auch der Gedanke der Solidarität hat an Boden gewonnen. Vor wenigen Jahren noch war es fast unmöglich, Solidaritätsaktionen für die Beschäftigten anderer Betriebe in Gang zu bringen. In diesem Frühjahr gab es umfangreiche Solidaritätsbewegungen für Belegschaften, die von der Betriebschließung bedroht sind.

Bemerkenswerte Fortschritte gibt es vor allem im Kampf gegen die Berufsverbote. Für Genossen Hans Apel, von dem jeder weiß, daß er wegen seiner Mitgliedschaft in der SEW gemäßregelt wird, hat sich eine wirkliche Massenbewegung entwickelt. An der Protestkundgebung am 10. Oktober in der Deutschlandhalle haben sich ca. 10 000 Menschen beteiligt. In dieser Frage geht jetzt der Riß durch alle anderen Parteien. Erstmals haben sich in den letzten Wochen öffentlich SPD-Funktionäre, FDP-Funktionäre und auch leitende Gewerkschaftsgremien für ein Mitglied der SEW eingesetzt. Es liegen Stellungnahmen vor vom Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften, von der ÖTV-Bezirksverwaltung, von der Vertrauensleutevollversammlung des Hahn-Meitner-Instituts, von der Bezirksversammlung Schöneberg der IG Druck und Papier, vom Personalrat der Gerichtsreferendare am Westberliner Kammergericht u. a. Auch der Landesverband der Hochschulgruppen der Jungsozialisten sowie SPD-Grundorganisationen aus Charlottenburg haben Stellung genommen. Eine solche Breite hat es bisher noch nicht gegeben.

Als völlig richtig hat sich die Orientierung der Partei erwiesen, den Kampf zur Verteidigung der demokratischen Prinzipien der Westberliner Verfassung zu führen. Die Partei ist dabei zu einem sehr breiten Bündnis gelangt, ohne ihre eigene Position zu verheimlichen. Die Führung der SEW beabsichtigt, diese Bewegung mit großer Flexibilität weiter zu fördern und sie auch nicht durch überspitzte Forderungen zu beeinträchtigen.

Große Beachtung verdienen die Vorgänge in den Westberliner Gewerkschaften. Die Landesdelegiertenkonferenz des DGB in Westberlin hat zu Beginn dieses Jahres Beschlüsse gefaßt, wie es sie in dieser Stadt bisher nicht gegeben hat. So wurde zum Beispiel ein einstimmiger Beschluß gegen die Neutronenwaffe angenommen. Der langjährige DGB-

Vorsitzende Sickert, ein rechter Sozialdemokrat, büßte bei seiner Wiederwahl fast die Hälfte der Delegiertenstimmen ein. Erstmals seit Jahren gab es am 1. Mai in Westberlin eine gewerkschaftliche Kundgebung unter freiem Himmel.

Genosse Schmitt äußerte sich dann zur Situation der gegenwärtig im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. Die Lage der SPD hat sich nach dem Rücktritt von Schütz etwas stabilisiert. Der Senat hat einige Leute aus der BRD importiert, die eine verhältnismäßig wirkungsvolle Arbeit leisten, wie zum Beispiel der Senator für Bildung, Glotz. Diese Leute kümmern sich stärker um die Stadtprobleme und sie stellen sich auch der Diskussion mit der Bevölkerung. In der Haltung der Bevölkerung gegenüber der SPD gibt es eine gewisse positive Veränderung. Das Ansehen des Senats hat sich erhöht. Zugleich haben sich aber innerhalb der Sozialdemokratie in Westberlin größere Differenzen entwickelt. Das zeigt sich im Auftreten der Gewerkschaften und das zeigt die Teilnahme von SPD-Funktionären an der Bewegung gegen die Berufsverbote. Alles in allem hat die SPD wieder an Boden gewonnen, aber die Entscheidung, ob sie bei den Wahlen 1979 durchkommen wird, ist noch nicht gefallen.

Die CDU-Führung hatte gedacht, ohne allzu große Schwierigkeiten im März eine absolute Mehrheit erreichen zu können. Die Positionsgewinne der SPD haben sie jetzt etwas durcheinander gebracht. So kam es zu dem plötzlichen Wechsel von Lorenz zu Weizsäcker. Sie hoffen, durch die Person von Weizsäcker das Ansehen der CDU bei SPD- und FDP-Wählern ausbauen zu können. Der Wechsel zeigt zugleich die tiefe Unsicherheit der CDU. Der CDU-Politiker Lummer hat sich öffentlich für die Vierte Partei von Strauß ausgesprochen, mußte sich aber am nächsten Tag korrigieren.

Die FDP hat echte Sorgen, ob sie bei den Wahlen im März nächsten Jahres die Fünf-Prozent-Klausel wieder überspringen kann. Nach Meinung der Genossen der SEW könnte sie es gerade noch schaffen. Der Vorsitzende der FDP, Lüder, ist sehr bemüht, sich zu profilieren. Aber auch innerhalb der FDP gibt es große Differenzen. Dafür ist ebenfalls die Teilnahme prominenter FDP-Funktionäre an der Bewegung gegen die Berufsverbote ein eindeutiges Zeichen.

Insgesamt, so äußerte Genosse Schmitt, gibt es neue Möglichkeiten für die Entfaltung der Aktivitäten der Partei mit besonderer Konzentration auf die Arbeiter, die Jugend und die Frauen. Auf der Grundlage des Wahlprogramms geht es jetzt darum, das persönliche Gespräch mit möglichst vielen Menschen zu führen. Die zentrale Idee ist: Die arbeitenden Menschen haben in dieser Stadt zu wenig Einfluß - deshalb muß man die SEW unterstützen, deren Politik voll und ganz auf der Interessenvertretung der Werktätigen beruht. Neben den persönlichen Gesprächen wird die Partei in den nächsten Monaten 30 bis 40 öffentliche Foren sowie ca. 10 öffentliche Versammlungen veranstalten. Mit besonderer Sorgfalt wird eine Großveranstaltung mit etwa 3 000 Jugendlichen vorbereitet. Die im Wahlprogramm enthaltenen Positionen werden in zusätzlichen Materialien noch ausführlicher erläutert werden.

Die Hauptlosung der Partei lautet: „Mit der SEW für eine gesicherte Zukunft unserer Stadt“. In der Partei gibt es eine gute Stimmung. Es wird darauf ankommen, um jede Stimme zu kämpfen. Zugleich werden die Kräfte in besonderem Maße auf die Bezirke Tiergarten, Kreuzberg und Schöneberg konzentriert, wo nach bisherigen Erfahrungen die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Positionen der Partei gegeben sind.

Genosse Schmitt informierte darüber, daß er am Mannheimer Parteitag der DKP teilnehmen und voraussichtlich Mitte November zu einem Treffen mit führenden Genossen der KPdSU nach Moskau reisen wird.

Genosse Erich Honecker bedankte sich für die ausführliche Erläuterung der Strategie und Taktik der SEW bei der Verwirklichung der Beschlüsse des 5. Parteitages. Die Losung „Mit der SEW für eine gesicherte Zukunft unserer Stadt“ ist völlig richtig. Die SEW ist die einzige Partei Westberlins, die den Bürgern der Stadt eine reale Perspektive zeigt.

Offenkundig ist etwas in Bewegung geraten. Nicht umsonst ging Schütz über Bord und Stobbe kam. Nicht umsonst habe auch die CDU einen Wechsel vorgenommen. Sie spüren Veränderungen in der Stimmung der Bevölkerung und versuchen, dem Rechnung zu tragen.

Für die SEW kommt es in erster Linie darauf an, wie sie auf der Grundlage ihres Wahlprogramms den Kampf zu führen gedenkt und den vollen Einsatz ihrer Kräfte sichert. Natürlich kann man jetzt nicht auf den Einzug in das Rathaus eingestellt sein. Das ist nicht der Kern. Vielmehr geht es darum, als Sauerteig zu wirken, damit es zu solchen Aktionen kommt, die die großen Parteien zwingen, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die sich auf der Tagesordnung befinden.

Die Taktik der Partei im Kampf gegen die Berufsverbote ist richtig. Die Bewegung gegen die Berufsverbote erregt Aufsehen in der ganzen Welt. In der BRD sind die regierenden Kräfte schon gezwungen, vom sogenannten Radikalenerlaß abzurücken. Die Bourgeoisie hat vor allem Angst, bestimmte Schichten der Jugend zu verlieren.

Genosse Erich Honecker gab anschließend den Genossen der SEW einen ausführlichen Überblick über die erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Angesichts des 30. Jahrestages der DDR kann man - ohne überheblich zu werden - stolz sein auf die Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht. Er betonte, daß sich die Entwicklung der DDR auf stabilen Bahnen vollzieht, im engsten Bündnis mit der Sowjetunion. Die Existenz und das Aufblühen der sozialistischen DDR ist ein Gewinn für ganz Europa. Der 30. Jahrestag unserer Republik wird zu einer großen Leistungsschau des Sozialismus auf deutschem Boden werden.

Weiter informierte Genosse Erich Honecker die Gäste über den außenpolitischen Kurs der DDR. Er unterstrich vor allem die Notwendigkeit, der Bewegung für Abrüstung neue Impulse zu verleihen. Dabei gab er eine Information über den Stand der Verhandlungen mit dem Senat von Westberlin sowie der Verhandlungen mit der Regierung der BRD.

Das Politbüro, so sagte Genosse Honecker, billigt die Politik der SEW, wie sie auf dem 5. Parteitag beschlossen wurde und auch im Wahlprogramm enthalten ist. Er bekundete die hohe Achtung unserer Partei für den Kampf der mit uns brüderlich verbundenen SEW in Westberlin. Die SED, die DKP und die SEW sind drei Parteien, doch sie haben eine gemeinsame Verantwortung und auch ein gemeinsames Ziel.

Genosse Honecker bekräftigte unsere weitere Unterstützung für die Arbeit der Partei, insbesondere für die Entsendung von Studiendelegationen aus Westberlin in die DDR, für die ideologische Arbeit der SEW sowie in Vorbereitung auf den 30. Jahrestag der DDR.

Der vorliegende Entwurf einer Pressemitteilung wurde gebilligt.